

8. XI. 1917.

**Die Presse über die Lösung der Ostfragen.**

Mit rückhaltloser Schärfe nimmt die „Kreuzzeitung“ gegen die, angeblich bereits endgültig beschlossene Lösung der Ostfragen Stellung. Sie meint, wenn die Mitteilungen über diese Lösung nur einigermaßen den Tatsachen entsprechen, so ständen wir damit vor einer neuen verhängnisvollen Wendung unserer Polen- und unserer östlichen Politik überhaupt. Sie erinnert an den früheren Vorbehalt, daß alles Endgültige und Abschließende dem Friedensvertrag vorbehalten bleibe. Ein solcher Vorbehalt sei jetzt nicht mehr möglich; denn

es ist klar, daß, wenn der Kaiser von Oesterreich und der König von Ungarn sich die Krone Polens aufs Haupt setzt, dieser Schritt nicht rückgängig gemacht werden kann, außer noch einem Zusammenbruch seiner Macht. Und nicht anders liegen die Dinge, wenn der Deutsche Kaiser den Titel eines Großfürsten von Estland und eines Herzogs von Kurland annimmt. Damit sind aber unsere Friedensbedingungen nach Osten hin in territorialer Hinsicht endgültig festgelegt, für die Verhandlung frei bleiben allenfalls untergeordnete Fragen der Grenzlinienführung. Wir glauben, in London wird man so flaggen. Als die Proklamation am 5. November vorigen Jahres erfolgte, waren mit einem Schlage alle auf einen Sonderfrieden mit Deutschland gerichteten Bestrebungen in dem damals noch zaristischen Rußland von der Bildfläche verschwunden. Der jetzige Schritt würde eine ähnliche Wirkung haben. Er würde Wasser auf die Mühlen derer leiten, die wie Terestjefens die Verlängerung des Krieges predigen, weil eine Verständigung mit Deutschland unter erträglichen Bedingungen nicht möglich sei. Wir sind der Ansicht, daß dieses angegliederte Polen der Keil sein wird, der den Bund der Mittelmächte auseinander treibt. Es sind die gegen die polnisch untermischten Gebiete des Deutschen Reiches gerichteten Bestrebungen der polnischen Nation, die diese Wirkung herbeiführen werden.

Die „Königliche Zeitung“ glaubt sich mit der, wie sie sagt, habsburgischen Lösung der polnischen Frage so abfinden zu können:

Wir wissen nicht, wann es unseren Feinden gefallen wird, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen, um über die Liquidierung des Krieges zu reden. Aber eines ist gewiß: die polnische Frage wird dann nicht zu einem endlosen Verhandlungsgegenstand werden können, wie unsere Feinde es vorhaben. Sie werden sich mit unserer Lösung des polnischen Problems abfinden müssen als mit einer vollendeten Tatsache. Es scheint uns, als wäre das kein kleiner Gewinn.

Es wird noch manches zu sagen sein über diese Neuregelung der politischen Dinge im Osten; der Eindruck aber, mit dem man in dieser ersten Stunde von ihr scheidet, ist der, daß der Weltkrieg allmählich dort aufzubauen beginnt, wo er zuerst niederzubrechen mußte. Möge das neue Haus nicht auf Sand gebaut sein! Möge die habsburgische Lösung der polnischen Frage in Zukunft, wenn wieder Friede ist, beitragen zur Erhaltung des europäischen Friedens!

Die linksliberalen Blätter begnügen sich zunächst damit, das „Elend“ der Reichstagsübergangung zu unterstreichen. So bemerkt das „Berliner Tageblatt“:

Sollten die Angaben zutreffen, so würden gegen die beabsichtigte Leitung der Ostlande erhebliche Bedenken erhoben werden müssen, sowohl in materieller Beziehung als auch wegen des Zeitpunktes, in dem die Lösung erfolgt. Vor allem muß der Nachdruck darauf gelegt werden, daß bisher der Deutsche Reichstag nicht gehört worden ist.

In einem vor den jetzt vorliegenden Mitteilungen über die Lösung der Ostfragen geschriebenen Warschauer Artikel der „Frankfurter Zeitung“ heißt es:

Es muß als ein gefährliches Experimentieren bezeichnet werden, jetzt noch mit dem Gedanken einer Angliederung Polens an Oesterreich-Ungarn „in der Trias“ zu spielen. Für uns bedeutete dieser Zustand, daß Oesterreich-Ungarn wahrscheinlich in absehbarer Zeit aufhören müßte, unser Bundesgenosse zu sein. Denn die inneren Schwachheiten wüchsen sich in diesem trialistischen Reiche aller Vorwärts nach so katastrophal aus, daß die drei Mitgliedstaaten sich bald auf sich selbst stellen würden. Einerseits müßte die Gegenseitlichkeit Ungarns gegen diese neue Staatsbildung in zunehmendem Maße sich offenbaren; eine andere Wendung scheint ganz undenkbar. Andererseits aber würde das in seinem Deutschtum scheinbar verstärkte Oesterreich nun zum Handlanger zweier selbstherrlicher Staaten erniedrigt, ohne in seiner inneren Kraft und Selbstbewußtheit ein Gegengewicht zu besitzen. Von österreichischer Seite aus müßte man diesen Gedanken ein für allemal begraben. Die Bedenken von deutscher Seite sollen erst hier gar nicht zur Besprechung stehen.

Der „Vorwärts“ sieht in der vorliegenden Lösung der Polenfrage einen Umschwung der auswärtigen Politik, das Verlassen der Politik des Verständigungsfriedens und den Uebergang zu einer Annexionspolitik der schärfsten Form. Er schreibt:

Wenn die Fragen des Ostens bis zum Kriegsschluß in Schwebelassen, so brauchen wir nur zu kämpfen, bis die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens gegeben ist. Wird aber Polen noch während des Krieges habsburgisch, Kurland und Estland hohenzollernsch, dann müssen wir so lange kämpfen, bis sich der ganze gewaltige Weltbund, der gegen uns steht, mit der Tatsache dieser

Einverleibung abgefunden hat. Das läuft zweifellos auf eine Verlängerung des Krieges zum Zwecke von Eroberungen hinaus. Zugleich entsteht die Gefahr, daß die Mittelmächte, nachdem sie sich im Osten festgerannt, in ihrer ganzen auswärtigen Politik auf eine zwangsläufige Bahn geraten, von der heute noch niemand weiß, wohin sie führt.

Da man dem Reichstag, der sich am 19. Juli für eine Politik ohne „Eroberungslust“ aussprach, von diesen Plänen noch nichts gesagt hat, so muß man, allen gegenteiligen Gerüchten zum Trotz annehmen, daß sie noch recht weit in der Luft schweben. Von dort möge man sie baldmöglichst herabholen und in den Ortus befördern, wohin sie gehören. Der Presse aber fällt in diesem Augenblick die Aufgabe zu, vor abenteuerlichen Schritten zu warnen, deren Konsequenzen in bezug auf die Sozialdemokratie klar, im übrigen aber unabsehbar sind!